

Schriftlicher Bericht
des Ausschusses für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik
(8. Ausschuß)

über den Antrag der Fraktion der SPD

— Drucksache V/965 —

betr. **Bildungsurlaub**

A. Bericht der Abgeordneten Budde und Dr. Kübler

Der Deutsche Bundestag hat diesen Antrag in seiner 71. Sitzung am 10. November 1966 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik und zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit überwiesen.

Beide Ausschüsse haben zunächst am 23. Februar 1967 eine öffentliche Informationssitzung abgehalten, in der sie Vertreter und Beauftragte der folgenden Verbände angehört haben:

1. des Deutschen Volkshochschulverbandes,
2. der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände,
3. des Bundesverbandes der Deutschen Industrie,
4. des Deutschen Bauernverbandes,
5. des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks,
6. des Deutschen Industrie- und Handelstages,
7. des Deutschen Gewerkschaftsbundes,
8. der Deutschen Angestelltengewerkschaft,
9. des Deutschen Beamtenbundes,
10. des Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verbandes,
11. der Arbeiterkammer Bremen,
12. der Angestelltenkammer Bremen.

Die Sachverständigen waren gebeten worden, die Meinung der Verbände über den Bildungsurlaub im

allgemeinen darzulegen und zu folgenden Themen ausdrücklich Stellung zu nehmen:

1. Mindest- und Höchstalter für Anwärter des Bildungsurlaubes,
2. Trägerinstitutionen,
3. Erfolgsprüfung und Wiederholungsturnus,
4. Abgrenzung der Themen,
5. Abgrenzung gegen berufsvorbereitende Kurse und Umschulung,
6. Grundsätze für die Verankerung im Bundesrecht.

Über diese öffentliche Informationssitzung erscheint ein stenographisches Protokoll, auf das hier verwiesen wird.

Im Anschluß an die öffentliche Sitzung haben die beiden Ausschüsse beschlossen, dem Antrag mit der Maßgabe zuzustimmen, daß als Stichtag für die Berichterstattung durch die Bundesregierung an Stelle des 15. Januar 1967 der 1. November 1967 eingesetzt wird. Der mitberatende Ausschuß für Arbeit hatte damals noch weitere Beratungen, insbesondere über den Inhalt der vier Dokumente vorgesehen, die in dem Antrag angeführt sind. Der federführende Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik hatte sich daher bereit erklärt, den Bericht an das Plenum bis zum Abschluß dieser Einzelberatungen zurückzustellen. Als Ergebnis seiner Einzelberatungen hat der mitberatende Ausschuß für Arbeit den angeführten Beschluß bestätigt, den der federführende Ausschuß nunmehr dem Plenum zur Beschlußfassung vorlegt.

Bonn, den 24. Mai 1967

Budde **Dr. Kübler**
Berichterstatter

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
dem Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache
V/965 — mit der Maßgabe zuzustimmen, daß das
Datum „15. Januar 1967“ durch das Datum „1. No-
vember 1967“ ersetzt wird.

Bonn, den 24. Mai 1967

Der Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik

Frau Geisendörfer
Stellv. Vorsitzende

Budde

Dr. Kübler

Berichterstatter